

Jahresbericht 2008

1. Prioritäten der Vereinsarbeit

Im ersten Geschäftsjahr wurden die Prioritäten der Vereinsarbeit festgelegt. Informationsbasis hierfür bildete die Jahreskonferenz vom 11. September 2008 zum Thema „Aktuelle Spannungsfelder zwischen Recht und Politik“ mit Referaten von Nationalrätin Martine Brunschvig Graf und Nationalrat Kurt Fluri aus politischer sowie Prof. Helen Keller und Prof. Thierry Tanquerel aus wissenschaftlicher Sicht.

Am 30. September 2008 beriet der Vorstand die Ergebnisse der Konferenz. Dabei stellte er fest, dass die Vereinsarbeit nur relevant sein kann, wenn sie weitgehend auf die politische Agenda ausgerichtet wird: Auf die Zeitpläne für Beschlüsse in Bundesrat und Parlament (Kommissionen und Räte) sowie auf den Abstimmungskalender. Der Vorstand will sicherstellen, dass der Verein *rechtzeitig* zur Meinungs- und Willensbildung beiträgt.

Rechtsstaatliche und völkerrechtliche Anliegen, welche noch nicht auf der politischen Agenda stehen, kann der Verein zwar im Auge behalten, jedoch nur in Ausnahmefällen schwergewichtsmässig unterstützen, da er seine Arbeitskapazität nicht verzetteln will.

Die regelmässige Überprüfung und Neubestimmung der Arbeitsprioritäten wird eine Hauptaufgabe des Vorstands sein. Er wird deshalb die durch Nationalrat Kurt Fluri für die Konferenz vom 11.9.08 erstellte Liste der rechtsstaatlich und völkerrechtlich relevanten Parlamentsgeschäfte und Abstimmungsvorlagen als permanente Arbeitsgrundlage aktuell halten. Der Vorstand wird die Mitglieder des Vereins über seine Prioritätenvorstellungen regelmässig informieren, sie zur Diskussion stellen und Anregungen aus der Mitgliedschaft berücksichtigen.

Der Vorstand sieht für die nächste Zeit folgende Arbeitsprioritäten des Vereins:

- Initiativen mit rechtsstaatlicher oder völkerrechtlicher Problematik, welche zur Volksabstimmung kommen: Aktuell vor allem Minarettverbotsinitiative und Ausschaffungsinitiative
- Präventive Gewährleistung der Übereinstimmung des Rechts mit Verfassung und Völkerrecht
- Gültigkeit von Volksinitiativen

- Kontrolle der Verfassungsmässigkeit im Anwendungsfall
- Kontrolle der Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht im Anwendungsfall („Schubert-Praxis“)
- Nationale Menschenrechtsinstitution
- Rassismusbekämpfung, insbesondere durch das Strafrecht

Der Verein befasst sich ausserdem mit Vorstössen zur Bekämpfung von Folter und Menschenhandel sowie zum Schutz vor Datenmissbrauch.

Die Arbeitsprioritäten wurden in allen vier Landessprachen auf den Websites des Vereins publiziert.

2. Informationsarbeit

Die Vereinsprioritäten widerspiegeln sich in fast hundert E-Mail-Briefen, in welchen die Mitglieder, Interessentinnen und Interessenten über Fakten, Stellungnahmen, Informationen, Publikationen und Veranstaltungen informiert wurden. Die Mitgliederbriefe sind auf den Websites des Vereins zugänglich.

Schwerpunkte ergaben sich aus Volksabstimmungen. Besonders intensiv befassten sich die Mitgliederbriefe mit der Einbürgerungsinitiative. Diese wurde am 1. Juni 2008 mit einem Neinstimmen-Anteil von 63,8 Prozent abgelehnt. Verworfen wurde auch die Volksinitiative gegen das Verbandsbeschwerderecht (66 Prozent Neinstimmen).